

## Aussöhnung per Checkbuch in Guatemala

### Eine Maya-Frau sorgt sich um die Hinterbliebenen des Bürgerkriegs

In Guatemala geht die Aussöhnung mit der Vergangenheit nur schleppend voran. Einen Quantensprung bedeutet die Entschädigung der Hinterbliebenen von Bürgerkriegsopfern. Mit internationaler Hilfe führt eine Maya-Frau das ehrgeizigste Programm dieser Art in Lateinamerika durch.

**bau. Comalapa, im Dezember**

Auch zehn Jahre nach dem Friedensschluss zwischen Regierung und Linksguerilla leben in Guatemala Tausende von Waisenkindern und Witwen, die nicht wissen, was mit ihrem Vater oder ihrem Ehemann geschehen ist. Auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts verschwanden unzählige Männer spurlos. Sie wurden meist von Soldaten oder Paramilitärs, in geringerem Masse von Guerilleros, verhaftet oder verschleppt und einzeln oder gruppenweise in eigentlichen Massakern umgebracht. Wo sie bestattet liegen, ist nur in wenigen Fällen geklärt. Laut offiziellen Angaben sind 96 Prozent der Opfer Angehörige der verschiedenen Maya-Völker. Indigene machen auch heute noch knapp die Hälfte der Bevölkerung Guatemalas aus.

#### Würdige Bestattung

Rosalina Tuyuc, eine Maya-Frau der Sprachgemeinschaft der Kaqchikel, verlor 1982 ihren Vater, später ihren Ehemann. Jetzt, nach fast 25 Jahren, ist sie nach Comalapa zurückgekehrt, an den Ort, wo sie die Leiche ihres Vaters vermutet. Ohne alle Umstände lässt sie sich auf einer idyllischen Waldlichtung ausserhalb des Dorfes im Gras nieder. An ihrer Seite nehmen ein paar Maya-Frauen Platz, die wie sie um Familienangehörige trauern. Trotz allen Drohungen und Einschüchterungen ehemaliger Paramilitärs und Armeeangehöriger haben sie eine Vereinigung von Hinterbliebenen gegründet, der heute 200 Witwen und Waisen aus der Umgebung angehören. Alle wollen sie das Gleiche, nämlich Gewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen und ein christliches Begräbnis. «Wir sahen, wie sie unsere Männer abführten, aber wir wissen nicht, wie und wo sie getötet wurden», sagt Doña Carmen, eine fünfzigjährige Witwe mit drei Kindern.

Während Doña Rosalina nachdenklich an ein paar Grashalmen zupft, beginnt sie zu erzählen. Da hinten liege ihr Vater, sagt sie und deutet mit dem Kopf in Richtung einer zwischen den Bäumen aufragenden weissen Wand. Dahinter befindet sich ein von den Militärs über Jahrzehnte geheim gehaltener Friedhof. Der heutige Besitzer, ein Offizier im Ruhestand, habe das Land eingezäunt, um zu verhindern, dass dort weiter nach Leichen gegraben werde. 17 Jahre lang habe die Armee in diesem Gebiet eine Operationsbasis für den Kampf gegen die Subversion betrieben. Doña Rosalina schätzt, dass im Umkreis der Waldlichtung 5000 Menschen umgebracht und verscharrt wurden. Bei einem Spaziergang im Waldchen zeigt sie dem Besucher eine ganze Reihe von Ausgrabungsstätten, wo in den letzten Jahren über 200 Leichen exhumiert wurden.

Als Gefängnis und Folterzentrum soll die Militärbasis von Comalapa gedient haben. Davon ist die Dorfbevölkerung überzeugt. Auch gibt es Indizien dafür, dass hier amerikanische Militärberater wirkten und die Einsatzdoktrin aus dem Vietnamkrieg weitergaben. Das Lager befand sich an der strategisch wichtigen Strassenverbindung zwischen der Hauptstadt Guatemala und dem Bergland von Quiché, seinerzeit eine Hochburg der Guerilla. Ende der neunziger Jahre räumten die Militärs die Installationen und säuberten das Gelände. Drei Lastwagen voll mit Leichenteilen seien bei Nacht und Nebel abgeführt worden, sagt Doña Rosalina. Beim Bau der Hauptstrasse habe man weitere Wagenladungen mit Erde als Auffüllmaterial wegtransportiert. Unter diesen Umständen sei es wenig wahrscheinlich, dass man heute noch Gebeine finden könne.

Als Waise und Witwe ist Rosalina Tuyuc selber ein Opfer des Bürgerkriegs. In der breiten



Eine Witwe vor einer Wandmalerei zum Gedenken an die Greueln der Militärs in Comalapa.

RICHARD BAUER

Öffentlichkeit bekannt wurde sie, als der amtierende Präsident Berger sie an die Spitze der Nationalen Kommission für Wiedergutmachung berief. Inzwischen steht sie auf einer Liste von sechs Guatemaltekinen, die – nach Rigoberta Menchú – für den Nobelpreis vorgeschlagen werden. In ihrer Jugend hatte sie als Katechetin und Hilfskrankenschwester gewirkt. Später gründete sie die Bewegung der Kriegswitwen, wurde als Abgeordnete ins Parlament gewählt und kandidierte 1999, allerdings erfolglos, für das Amt des Vizepräsidenten. Geht es nach ihren Plänen, soll in Comalapa, wie auch an anderen Orten in Guatemala, eine Gedenkstätte für die Opfer des Bürgerkrieges entstehen.

#### Offizielles Pardon

Doch das Programm zur Wiedergutmachung – ein Wahlversprechen Bergers vor der zweiten Runde – umfasst weit mehr als die moralische Aussöhnung mit den Greueln der Vergangenheit. In ganz Lateinamerika ist es das bis anhin ehrgeizigste und finanzstärkste seiner Art. Seit dessen Reorganisation im Jahre 2005 wird das Programm von der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt. Diese hat beim Aufbau der sozialpsychologischen Beratungseinheiten mitgewirkt und vor allem mit GTZ-Experten die Verwaltung der neuen Behörde verbessert. Für die kommenden drei Jahre sind zur Steigerung der Effizienz des Programms Entwicklungsgelder in der Höhe von 750 000 Euro gesprochen worden.

Im Zentrum der Arbeit der Kommission steht die materielle Entschädigung Tausender von Hinterbliebenen durch den Staat. Berger machte kurz nach Amtsantritt etwas, das zuvor kein anderer Präsident gewagt hatte. Er bat die vom Bürgerkrieg Betroffenen im Namen des Staates um Verzeihung. Gleichzeitig verpflichtete sich das Parlament, pro Jahr 40 Millionen Dollar für Massnahmen zur Wiedergutmachung zur Verfügung zu stellen, und dies während mindestens elf Jahren. Bei einem guten Dutzend über das ganze Land verteilten Zweigstellen und am Hauptsitz in Guatemala-Stadt können jetzt Geschädigte ihre Anträge einreichen. Davon haben bis heute knapp 25 000 Personen Gebrauch gemacht, eine bescheidene Zahl, wenn man bedenkt, dass eine

offizielle Wahrheitskommission 1999 den Bürgerkrieg als eigentlichen Genozid an den Maya bezeichnete und die Zahl der Opfer auf 200 000 schätzte.

#### Frauen ohne Dokumente

Entschädigungen beantragen können all jene, die Tote oder Verschwundene in ihrer Familie haben oder die selber gefoltert oder sexuell missbraucht wurden. Pro getötetes Familienmitglied werden rund 3200 Dollar ausbezahlt. Wer selber geschädigt wurde, kann 2700 Dollar einfordern. Trotz materieller Abgeltung erlischt der Anspruch auf eine richterliche Verfolgung der Schuldigen nicht. Seit Beginn des Programms sind erst 4000 Checks übergeben worden, meist anlässlich feierlicher öffentlicher Veranstaltungen in den Gemeinden. Für Doña Rosalina ist klar, dass man erst ganz am Anfang der Wiedergutmachung steht. Die Bearbeitung der Gesuche sei kompliziert. Viele Antragsteller, die meisten Frauen, besässen keine schriftlichen Dokumente, weder eine Identitätskarte noch einen Heiratschein noch ein Testament. Dies sei keine Folge des Bürgerkrieges, sondern der Lebensumstände. «Noch heute leben viele Frauen wie isoliert. Nur der Mann geht zur Messe, er besucht den Wochenmarkt, er wählt, und er reist von Dorf zu Dorf», sagt die Maya-Frau.

Die Kommission sei immer wieder kritisiert worden, weil sie die Wiedergutmachung auf die Übergabe von Checks beschränke, sagt Doña Rosalina. Angesichts der krassen Armut, in der die meisten Hinterbliebenen von Bürgerkriegsopfern lebten, sei die wirtschaftliche Abgeltung für erlittenes Leid absolut gerechtfertigt. Viele Frauen, mit denen sie spreche, erzählten von Nöten und Krankheiten, von fehlender Beschäftigung und Elend als Folge des Todes oder Verschwindens eines Familienangehörigen. Das Leid habe viele Frauen geknickt: «Schon mit 40 Jahren können sie nicht mehr arbeiten, sind sie ob all der Tränen, die sie geweint haben, erblindet.» Mit Geld lasse sich ein Teil der Alltagsprobleme lösen. Das werde von den Hinterbliebenen geschätzt. Die moralische Wiedergutmachung, die psychosoziale Betreuung oder der Kampf gegen die Diskriminierung der indigenen Kultur, all das sei zweitrangig, sagt Doña Rosalina.

Eduardo Stein

## Denker und Macher

**bau. (Guatemala-Stadt)** Horrend ungerecht sei der Reichtum in seinem Land verteilt, sagt Eduardo Stein, der Vizepräsident von Guatemala, beim Gespräch in einem Seitenflügel des Präsidentenpalastes. «Ganz wenige haben ganz viel, während die grosse Menge der Bevölkerung ganz wenig besitzt», räsoniert der Diplomat und Politiker, der quer durch alle Parteien und Bevölkerungsschichten ein hohes Ansehen geniesst. Der Philosoph und Doktor der Kommunikationswissenschaften ist nicht der Mann der grossen Auftritte und der schalen Rhetorik. Als Präsident Berger, der Auserwählte der Unternehmer und Grossgrundbesitzer, vor drei Jahren die Wähler vom Rednerpult aus bearbeitete, um die zweite Runde gegen den Linkskandidaten Alvaro Colón für sich zu entscheiden, reiste sein Kandidat für die Vizepräsidentschaft fast unbemerkt durchs Land, um Kontakte zu knüpfen und die Bedürfnisse der Leute zu ergründen, statt sich diese am Schreibtisch auf einem Stück Papier auszumalen.

Dem ungleichen Tandem Berger-Stein bleibt noch ein Regierungsjahr, bevor die nächste Machtübergabe stattfindet. In der guatemalteken Geschichte habe noch nie eine politische Partei zwei Amtsperioden hintereinander regieren können. Jede neue Regierung wechse sämtliche Beamten aus und wolle alles von vorne beginnen. Der bedächtige Stein hat sich in den Kopf gesetzt, diesem Grundübel der guatemalteken Politik mit langfristig tragbaren, zwischen den Parteien und Interessenverbänden sorgfältig ausgehandelten Abmachungen entgegenzusteuern. Knapp zwei Dutzend Strategien zur Lösung brennender Probleme, darunter etwa die Ernährungssicherheit der chronisch an Unterernährung leidenden Landbevölkerung, fanden ihren Niederschlag in Gesetzen, die nicht leicht mit einem Federstrich zu beseitigen sind.

Auf die kürzlich verabschiedete Strategie des friedlichen Zusammenlebens und der Ausmerzung des Rassismus ist Stein besonders stolz. Die historisch verwurzelte Rassendiskriminierung innerhalb der Gesellschaft – zwischen den alteingesessenen Indigenen und den Mischlingen, den Ladinos – sei das Grundübel der Ungleichheit im Land und wirtschaftlich gesehen eines der grössten Entwicklungshemmnisse. Allein die Beseitigung der Rassenbarrieren liesse das Bruttoinlandsprodukt des Landes um fast einen Prozentpunkt wachsen. Dies das Resultat einer von Stein



Eduardo Stein, Guatemalas Vizepräsident, kämpft unter anderem für die Überwindung der Rassendiskriminierung im zentralamerikanischen Land.

angeregten Studie des Phänomens, das ein anderer hoher Regierungsbeamter als «tropische Version der Apartheid» bezeichnet.

Der 61 Jahre alte Stein verbrachte lange Jahre ausserhalb Guatemalas. In Ecuador brach er seine Studien am Jesuitenkolleg ab und wechselte an amerikanische Universitäten. Als er in El Salvador als Dekan der Philosophischen Fakultät wirkte, wurde 1980 Erzbischof Romero ermordet, und an der Jesuitenuniversität explodierten Bomben. Stein wurde bedroht, konnte aber aus politischen Gründen nicht nach Guatemala zurückkehren. Er zog mit Frau und Töchtern nach Panama ins Exil, von wo aus er 15 Jahre in der Entwicklungsarbeit zugunsten der zentralamerikanischen Länder tätig war. Bei vielen Peruanern gilt er als Held, weil er im Jahr 2000 als Chef einer Beobachtermission es wagte, den Wahlbetrug Fujimoris öffentlich anzuprangern.

Stein gehört zu den überzeugten Verfechtern der Friedensverträge, die vor zehn Jahren den langjährigen Bürgerkrieg beendeten. An deren Ausarbeitung war er massgeblich beteiligt, zuletzt als Aussenminister unter Präsident Arzú (1996–2000). Solange 60 Prozent der Bevölkerung, nämlich die Indigenen, keinen uneingeschränkten Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen, einer qualitativ guten Ausbildung und Chancengleichheit hätten, sei man noch weit von einer demokratischen Gesellschaft entfernt, wie diese die Friedensverträge als Gesellschaftsentwurf postulierten, sagt Stein.

## Israels Armee tötete 2006 deutlich mehr Palästinenser

(Reuters) Die israelische Armee hat 2006 laut der Menschenrechtsgruppe Betslem im Nahostkonflikt mehr als drei Mal so viele Palästinenser getötet wie im Jahr zuvor. Insgesamt seien 660 Palästinenser zu Tode gekommen, teilte die Organisation mit. Im selben Zeitraum seien in Israel und dem Westjordanland 17 israelische Zivilisten und 6 Mitglieder der Sicherheitskräfte durch Palästinenser getötet worden. Das sei die niedrigste Zahl seit Beginn des Aufstands im Jahr 2000.

## Israels Generalstabschef gibt Kriegsfehler zu

### Aussagen von Dan Halutz

**gsz. Jerusalem, 3. Januar**

Der israelische Generalstabschef Dan Halutz hat am Dienstag zum ersten Mal zugegeben, dass die Armee im Libanonkrieg im vergangenen Sommer Fehler gemacht habe. Das Eingeständnis kam nach einem zweitägigen Arbeitsseminar, bei dem hohe Offiziere über die Kriegsführung debattierten. Allerdings gedenkt Halutz nicht, von seinem Posten zurückzutreten. Er habe nicht vor, sich vor der Verantwortung zu drücken, sagte er, und sehe es als seine Aufgabe an, die Kampfbereitschaft der Armee wieder herzustellen.

#### Beeinträchtigte Abschreckungswirkung

Der Generalstabschef gab zu, dass die Abschreckungswirkung der israelischen Armee durch Fehleinschätzungen und Fehler beeinträchtigt worden sei. Unter den Fehlern nannte er zum Beispiel den verspäteten Beschluss, Reservetruppen zu mobilisieren, und die Unterlassung, die Soldaten gebührend auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Auf die Raketenbeschussungen der Zivilbevölkerung habe die Armee keine wirksame Antwort gehabt, und es sei der Luftwaffe nicht gelungen, die Abschussrampen zu eliminieren. Andererseits wies er den Vorwurf zurück, dass die Armee

unter seiner Führung – Halutz war früher Kommandant der Luftwaffe – den Sieg über die Hizbullah-Truppen aus der Luft habe erzwingen wollen und sich zu Anfang des Krieges fälschlicherweise ausschliesslich auf ihre Luftüberlegenheit verlassen habe.

#### Weiterer Untersuchungsbericht erwartet

Dutzende von Armee-internen Gremien prüfen Einzelaspekte der Entscheidungsfindung während des mehrwöchigen Krieges, der Vorbereitung und Logistik sowie der eigentlichen Kriegsführung. Aber die Untersuchung des vom Ministerpräsidenten eingesetzten offiziellen Ausschusses steht noch aus. Ein erster Zwischenbericht wird für das Frühjahr erwartet. Halutz stellte seine Demission nur für den Fall in Aussicht, dass diese Kommission, die nach ihrem Vorsitzenden Winograd-Kommission genannt wird, seinen Rücktritt empfehlen sollte. Er habe zurzeit auch nicht vor, von seinen Untergebenen persönliche Konsequenzen – sprich Demissionen – zu fordern, sagte Halutz. Bisher haben zwei Generale, die an der Nordfront tätig waren, aus eigenem Entschluss ihren Rücktritt aus dem Armeedienst erklärt.

## Der nordkoreanische Aussenminister gestorben

**Seoul, 3. Jan. (ap)** Der nordkoreanische Aussenminister Paek Nam Sun ist im Alter von 78 Jahren gestorben, wie die amtliche Nachrichtenagentur KCNA am Mittwoch berichtete. Er hatte das Amt des Aussenministers seit 1998 inne. Angaben über den Todestag oder die Todesursache wurden nicht gemacht. Staatschef Kim Jong Il habe sein Beileid ausgesprochen, hiess es lediglich. Der Name eines Nachfolgers ist noch nicht bekanntgegeben worden.